

DIE INTERNATIONALE NAHOST - FRIEDENSKONFERENZ : ERFORDERNIS FÜR DIE UNO

von Prof. Dr. Türkkaya ATAÖV
Präsident der Abteilung inter-
nationaler Beziehungen der
Universität Ankara; Leiter der
internationalen Organisation
gegen alle rassistische
Diskriminationen (UNO).

Die jüngste, seit der Mandatverwaltung verflossene Geschichte Palästinas hat in internationalen Kreisen die Überzeugung erweckt, dass eine allgemeine Nahost-Friedenskonferenz die einzige mögliche Lösung ist. Der Gedanke, diese Alternative sei eine sowie juristische als auch politische Notwendigkeit, nimmt Überhand. Ich möchte hier über diese neue, aber allgemeine Tendenz einige Ideen kurz ansprechen.

Der Gedanke einer internationalen Nah-Ost-Friedenskonferenz ist kein künstliches Ergebnis, geboren durch eine mechanische Mehrheit in den Vereinten Nationen. Diese Formel verdankt ihr dasein einem Glauben, der sich auf objektive Tatsachen stützt. Am Anfang herrschte die Ansicht, Israel sei ein kleines Land, das Schwierigkeiten haben wird, seine Existenz fortzuführen. Mit der Zeit änderte sich Israels Image; ein auf Kosten seiner Nachbarn Expansionspolitik treibender aggressiver Staat, der möglicherweise Nuklearwaffen besitzt und der mit der rassistischen südafrikanischen Regierung kollaboriert. Zweitens teilt die internationale Öffentlichkeit immer mehr die Ansicht, man könne das Friedensproblem in Nahosten nicht lösen, ohne auf den Grund der Dinge vorzudringen. Das palästinensische Problem kann nicht einfach auf "Flüchtlinge" oder "bewaffnete Nihilisten" reduziert werden. An dritter Stelle, ist diese Frage (im Gegensatz zum Zypern-Konflikt) nicht durch bilaterale Gespräche zwischen regionalen Teilnehmern lösbar. Deshalb sind keine permanenten und gerechten Lösungen im Rahmen der Camp David Verträge, an denen keine Vertreter der PLO teilnahmen, zu erwarten. Palästina ist ein **internationales** Problem. Die Vereinten Na-

tionen haben sich schon von Anfang an damit befasst. Das internationale Forum kann seine Verantwortung in dieser Angelegenheit nicht abschüteln. Die 5 ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO sollten mit allen Beteiligten als auch mit den Vertretern der PLO als Gleichberechtigte eine vielseitige Lösung ausarbeiten. Nur so eine Formel kann die Grundlage zu einem gerechten und ständigen Frieden legen. Eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist nicht nur der einzige Weg, der zu so einer Lösung führt, sondern man muss eine solche Konferenz als eine juristische und politische Notwendigkeit betrachten.

Ich bin von der Richtigkeit folgender Interpretationen überzeugt: Für Palästina sind die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg eine Zeit der Gesetzlosigkeit. Das Mass an Ungerechtigkeit, Diskrimination und Gewalt, die hier herrschen, übertrifft jede Grenze. Es ist Zeit, dem Schaden, der einer von den Parteien zugefügt wird, einen Halt zu gebieten. Israel erwartet von den Palästinensern und von der Weltöffentlichkeit die Anerkennung seiner territorialen Besetzungen und Annektionen. Er weigert sich, an Konferenzen teilzunehmen, die gerechte und bleibende Lösungen bringen könnten. Der israelische Staat sucht nach Wegen, seine eigenen Lösungen, die nur seine Interessen wahrnehmen, mit Gewalt aufzudrängen.

Er lehnt die Entschlüsse der UNO ab, um seine Gewinne nicht aufs Spiel setzen zu müssen. Er weigert sich, den Palästinensern die elementarsten Rechte einzuräumen. Nur mit einer der Grossmächten befindet sich Israel grundsätzlich in Eintracht. Es ist jedoch unmöglich für Israel, mit der Unterstützung einer einzigen Grossmacht und durch Ausschluss der Palästinenser ein dauerhaftes Friedenssystem zu errichten. Dieses Verhalten bildet das grösste Hindernis auf dem Weg zu einer internationalen Friedenskonferenz.

Israels Friedenskonzept ist total verschieden von der Friedensrealität dieser Region. Dieser Staat, der kein weitläufiges Friedensprojekt besitzt, hat nicht einmal seine Staatsgrenzen definiert. Er hat als einziges Mitglied der UNO keine politische Landkarte vorgelegt. Er hat nicht nur einige Landstriche in seiner Umgebung gewalttätig annexiert, sondern auch seine Angriffe bis zu dem libanesischen Gebirge, dem Atomreaktor von Bagdad und dem palästinensischen Zentrum in Tunesien ausgetragen. Er hat in den Besetzungsgebieten neue Siedlungen gegründet, die Kontrolle der Wasserquellen an sich gerissen, Massenverhaftungen unter der einheimischen Bevölkerung veranstaltet und einen Teil von ihr ausser Land gewiesen.

Der aktuelle palästinensische Widerstand in den besetzten Gebieten ist nichts neues. Er ist die Fortsetzung eines Widerstandes der in den dreissiger Jahren begonnen hatte. Die Bilder von Kindern, die eine Berufsmilitärarmee mit Steinen bewerfen, ist eine unvermeidbare Konsequenz der Serie von Fehlern, die ihren Anfang in der Balfour-Deklaration von 1917 nimmt. Dieser Kontrast von schwerbewaffneten Besatzungstruppen auf der einen, und von Kindern, die nur mit Steinen antworten, auf der anderen Seite ist aufschlussreich hinsichtlich der juristischen und ethischen Werte, die bei der Besatzungsmacht gang und gäbe sind.

Auf der anderen Seite hängt sogar Israels Mitgliedschaft in der UNO von einigen Bedingungen ab. Man erinnere sich daran, wie Israel zweimal die Mitgliedschaft beantragte. Das erste Mal wurde Israels Antrag am 17. Dezember 1948 vom Sicherheitsrat zurückgewiesen. Der zweite Antrag vom 24. Februar 1949 kam zu einem Stillstand durch den Entschluss, nachzuforschen ob Israel die Resolutionen 181 (vom 29. November 1947) und 194 (vom 11. Dezember 1948) anerkannt habe. Der zu diesem Zweck gegründete politische ad. hoc. Ausschuss lud den damaligen Vertreter Israels Abba Eban vor, um sich zu erkundigen, ob Israel den Status von Jerusalem oder die Frage der entwurzelten arabischen Bevölkerung -diese oder ähnliche Themen- als "innere Angelegenheit" Israels zu betrachten beabsichtige, indem er sich auf den Artikel 2/7 der UNO-Charta berufen würde. Die Antwort vom israelischen Vertreter befindet sich in den offiziellen Akten. Israel proklamierte, diese Probleme seien keine innere Angelegenheiten. Der damalige kubanische Delegierte, der die Antworten zusammenfasste, hat verursacht, dass dieser Standpunkt nochmals in den Protokollen aufgenommen wurde. Als Israel am 11. Mai 1949 als Mitglied angenommen wurde, hat man sich im Entschluss unter anderem auf diese Aussage vor dem ad. hoc. politischen Ausschuss berufen.

In Wahrheit hat Israel auch die Entschlüsse der UNO-Vollversammlung unter den Füßen zertreten, das Versprechen, das es vor der Weltöffentlichkeit gab, ehe sie als Mitglied dieser internationalen Organisation aufgenommen wurde, nicht gehalten. Israels Mitgliedschaft in dieser Organisation ist nicht vergleichbar mit der Mitgliedschaft anderer Staaten. Israel ist eine Kreation der Vollversammlung. Obwohl der Entschluss von 1947 über die Teilung Palästinas "nicht bindend" war, beruht Israels Gründung auf ihm. Es war gleichfalls dieser Entschluss, der die Grenzen des neuen Staates festlegte und ihm einige Obligationen auflegte. Derselbe Entschluss hat auch die Gründung eines arabischen Staates stipuliert und für Jerusalem einen speziellen Status vorgesehen. Also war Israels Unabhängigkeit nicht grenzenlos. Die Vereinten Nationen hätten das

Recht, diesen Staat zur Annahme vieler Entschlüsse zu zwingen, die dem Problem gerecht werden.

Andererseits stimmt es nicht, dass die Palästinenser die Entschlüsse 242 und 338 nicht anerkannt haben. Die PLO inder Tat hat die UNO-Resolutionen hinsichtlich Palästina anerkannt. Keine palästinensische Führung kann, separat von den anderen, nur die Entschlüsse 242 und 338 annehmen. Der Entschluss 242 vom 22. November 1967 wurde nach dem Angriff Israels auf seine drei arabischen Nachbarn und nach seinem Militärsieg gefasst. Er reflektiert demnach das Gleichgewicht nach diesen militärischen Auseinandersetzungen. Gleichfalls folgte der Entschluss 338 vom 22. Oktober 1973, dem Krieg von 1973. Diese Resolutionen erwähnen mit keinem Wort, die Ungerechtigkeiten, die die Palästinenser erdulden mussten. Kein Wort über die Rechte der Einheimischen, wie sie vertrieben und Fremde massenweise angesiedelt wurden, wie ihr Hab und Gut enteignet wurde. Man begnügt sich damit, das Flüchtlingsproblem zu erwähnen, aber dies ist bei weitem nicht die ganze Palästina-Frage. Der Beschluss 242 belohnt sogar die schuldige Seite. Israel soll sich nur von dem Territorium zurückziehen, das es 1967 besetzt hatte. Durch die Stipulierung, die Freiheit, territoriale Einheit und politische Unabhängigkeit von jedem Staat müsse respektiert werden, bezweckt dieser Beschluss, zu erreichen, dass die Araber den Staat Israel und dessen Landgewinne von 1967 anerkennen. Er ebnet auch den Weg dazu, den israelischen Besetzungen — ausser dem 1947 Beschluss, der damals Palästina geteilt hatte — eine Art von "Legitimität" zu verleihen, dadurch, dass er Israel dazu veranlasst, sich von den Gebieten zurück-zuziehen, die es bei dem "letzten Zusammenstoss" besetzt hatte. Ferner ist die Anerkennung der arabischen Staaten in der Region kein Problem. Also kann man die ganze Strategie folgendermassen zusammenfassen: den israelisch-arabischen Konflikt als einen "fait accompli" zu behandeln und den Anschein erwecken, ihn in einem bestimmten Rahmen zu lösen — indem man die Palästinenser ignoriert. Genauso wurde gehandelt mit der 1917 Balfour-Deklaration, dem Beschluss hinsichtlich des englischen Mandats, dem nicht bindenden Beschluss von 1947 Palästina zu teilen.

Aber die UNO hat in dieser Angelegenheit eine nicht zu verneinende Verantwortung. Da Palästina früher ein Mandat des Völkerbundes war, wurde diese Angelegenheit seit ihrer Gründung der UNO übergeben. Nachdem auf manche Staaten Druck ausgeübt wurde, um das nötige Minimum an Stimmen zu erreichen und einige Voten sozusagen mit Gewalt geändert wurden, kam man endlich zu einem Empfehlungs-beschluss, der die Gründung eines jüdischen Staates ermöglichte. Der palästinensische Staat, im selben Beschluss erwähnt, konnte jedoch nie

gegründet werden. Dieses Recht, das dem einheimischen Volk zusteht, bleibt heute noch immer unter der Verantwortung der internationalen Öffentlichkeit.

Bis zu der Aggression von 1967 hat sich die UNO damit begnügt, einige Verletzungen von Seiten Israels zu tadeln. Die Tatsache, dass diese Organisation ein Paar Ungerechtigkeiten tadelt währenddessen sie andere ignoriert, hat zweifelsohne Israel ermutigt, die Gerechtigkeit zu verhöhnen. Die UNO hat erst nach der Aggression von 1967 angefangen, die Notwendigkeit eines ständigen Friedens zu empfinden. Eine internationale Konferenz, die Ende 1983 in Genf tagte, erwähnte zum ersten Mal eine internationale Friedenskonferenz und legte ein Aktionsprogramm vor. Diese neue Einstellung gründete sich auf folgende Richtlinien: a) Die Lösung muss vielseitig, gerecht und ständig sein, b) der Platz für eine solche Lösung ist die UNO, c) der Weg zu dieser Lösung führt über die Veranstaltung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.

Die Anerkennung der palästinensischen Ansprüche bildet ein unzertrennliches Teil dieser gerechten Einstellung. Die Palästinenser sind weder Nihilisten, die Friedensplänen ihr Gehör schliessen, noch sind sie eine Gruppe von Flüchtlingen oder ein in Wahrheit nicht existierendes Volk. Sie sind eine Nation, deren ein Teil innerhalb Israels Grenzen, ein anderer an der Westseite und in Gazza und der Rest im Exil lebt. Die englische Regierung hat anerkannt, dass die Palästinenser ein anderes Volk als die europäischen jüdischen Emigranten sind, indem sie während der Mandat-herrschaft Gespräche mit ihren Führern anknüpfte und indem sie als Reaktion gegen die arabische Kritik an der fremden Kolonisation 1939 ein Weisses Buch veröffentlichte. Auch die amerikanische Regierung hat die Existenz eines palästinensischen Volkes zugegeben, indem sie die anglo-amerikanische Konvention von 1924 betreffend das Palästina Mandat unterzeichnete und den Beschluss, der nach dem Krieg Palästina geteilt hat, anerkannte. Das Recht des palästinensischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen, kann man aus diesem Teilungsbeschluss herauslesen. Mehrere UNO-Beschlüsse, die auf diesen ersten folgten, räumen den Palästinensern dieses Recht ein.

Die PLO ist die einzige legale Vertretung des palästinensischen Volkes. Diese Tatsache wurde auch durch den Beschluss der UNO Vollversammlung angenommen, als sie 1974 die PLO zu Diskussionen über das Palästina Problem einlud. Damit wurde einer Entität, die kein Staat ist, zum ersten Mal ein solcher Status anerkannt. Die völkerrechtliche Tradition sieht Nation-Staaten als Gegenstände des Völkerrechtes. Dass einige Organisationen, die kein Territorium besitzen, durch Verträge

diesen Status erteilt bekommen, ist möglich. Die Organisation der Vereinten Nationen bietet uns das bekannteste Beispiel dafür. Gruppen, die Besatzungskräften Widerstand leisten, sowie Freiheitskämpfer gegen Kolonialismus sind auch zu Gegenständen des Völkerrechts geworden.

Im Fall von Palästina wurden, in der jüngsten Geschichte, zwei Entitäten und zwar die Welt-Zionisten-Organisation und das arabische Führungskomitee als Anstalt öffentlichen Rechtes angenommen. Die erste war eine Gruppe von Repräsentanten ohne Landbesitz. Die zweite dagegen, stellt die hohe Autorität dar, die alle politischen Parteien, die die palästinensischen Araber vertraten, enthielt. Dieser Status hat bis 1964, bis die PLO das Führungskomitee ersetzte, gedauert.

Die von mehr als hundert Staaten anerkannte PLO repräsentiert den embryonischen palästinensischen Staat und seine Regierung. Sie besitzt charakteristische Hoheitsrechte wie das Heben von Steuern, Jurisdiktion und das Unterzeichnen von Verträgen. Der Nationale Palästinensische Rat funktioniert wie ein Parlament mit gesetzgeberischen Befugnissen. Die Zusammensetzung dieses Gremiums reflektiert den Pluralismus der palästinensischen Gesellschaft und das Präsidium, in mehrere Abteilungen aufgeteilt, hat Ähnlichkeiten mit einem Kabinett. Die PLO besitzt ausserdem ein Justizsystem. Sie hat zwar kein Hoheitsgebiet, aber der Viet-Cong, die algerische Freiheitsfront, die französische Exilregierung, als sich Frankreich unter der Besetzung der Nazis befand, haben auch kein Hoheitsgebiet besetzen.

Bei der Suche nach einer Lösung des israelisch-arabischen Konfliktes, ist es unrealistisch, den Beitrag der Palästinenser zu ignorieren. Die PLO hat sämtliche Beschlüsse der UNO angenommen. Die Ziele der Palästinenser, die die ersten Opfer dieses Konfliktes sind, falsch interpretieren, ist genau so ungerecht wie das Ausschalten der Palästinenser von einer Lösungssuche. Die internationale Neigung hinsichtlich der eigenen Bestimmung seiner Zukunft des palästinensischen Volkes, genießt heute eine fast einstimmige Unterstützung. Die Wahl seiner Vertreter nur durch das palästinensische Volk, ist ein allgemeines Prinzip, gutgeheissen von der internationalen Öffentlichkeit und verschieden von dem System, das in den Camp David Verträgen vorgesehen wurde. Die einzige Organisation, die irgendeinen Vertrag diskutieren, unterschreiben, ratifizieren und die aus ihm entstandenen Obligationen erfüllen kann, ist die PLO. Die Unterschrift einer Person, auch wenn sie palästinensischer Abstammung ist, unter solchen Abkommen, hat keinen bindenden Charakter, wenn die Person kein von der PLO gewählter Vertreter ist. Die Methoden der Vergangenheit, haben zu keinen konstruktiven und bleibenden Ergebnissen geführt.

Israels Zustimmung, den Meinungs austausch nur mit einigen arabischen Nachbarstaaten fortzusetzen, ist auf eine Taktik der Ausschließung der Vertreter des palästinensischen Volkes zurückzuführen. Man darf jedoch folgende Punkte nicht vergessen: die UNO kann nicht erlauben, dass der Aggressor die Früchte einer solchen Politik erntet und zweitens kann keinerlei erarbeitete Lösung durchgesetzt werden, ohne die Garantie einer internationalen Konferenz. Jeder Friedensvertrag muss von einer Durchführungsgarantie begleitet sein. Die 200 Beschlüsse in Betreff Palästina verstauben in den Archiven trotz ihres moralischen Gewichts, das sie den starken Mehrheiten verdanken, die jeweils zustimmten. Es ist aber genauso wichtig, dass diese Beschlüsse angewandt werden können. Ohne eine internationale Garantie ist jedoch eine Durchführung unmöglich. Und ohne Durchführung können weder Gerechtigkeit noch Frieden hergestellt werden. Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, Philip Habib hatte Arafat die Beschützung der palästinensischen Flüchtlingslager versprochen. Diesem Versprechen folgte das Blutbad von Sabra und Shatila. Hätte eine internationale Friedenskonferenz mit der Teilnahme der 5 permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates solche oder ähnliche Versprechen gemacht, wäre ihre Durchsetzung garantiert gewesen. Wir wollen einen Appell an die USA richten, dass sie so eine Konferenz unterstützt. Die USA wird ohne Zweifel bei jeder Phase dieser Sitzung ihre Meinungen äussern. Trotz Schwierigkeiten glauben wir an die Möglichkeit einer solchen Konferenz und an den Frieden.